

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel

Einleitung	19
A. Problemstellung	20
I. BSG zur Rechtsbindung und Kontrolle von Schiedspersonenentscheidungen	21
II. Rechtskonkretisierung zu Schiedspersonenverfahren	22
B. Untersuchungsgegenstand und -ziel	24
I. Schiedspersonen nach § 127 Abs. 1a SGB V	25
II. Preisfestlegung	25
III. Rechtsmaßstäbe	26
IV. Gerichtliche Kontrollrechte	26
C. Methodik	26
D. Gang der Darstellung	28

Zweites Kapitel

Dogmatische Grundlagen zum sozialrechtlichen Schiedspersonenwesen und zum Leistungserbringungsrecht der Hilfsmittelversorgung	30
A. Die Schiedspersonen im sozialrechtlichen Leistungserbringungsrecht	30
I. Abgrenzung der Schiedsperson von Schiedsämtern und Schiedsstellen des SGB	32
1. Einzelpersonenentscheidung statt Mehrheitsentscheidung	32
2. Ad-hoc-Bestellung statt Bestellung auf Dauer	33
3. Neutralität statt Sachnähe	33
II. Die Entwicklung des Schiedspersonenwesens im SGB	35
B. Beziehungen der Krankenkassen zu Leistungserbringern in der Hilfsmittelversorgung – Leistungserbringungsrecht	40
I. Vertragsregime der Hilfsmittelversorgung	40
II. Pflicht zum Abschluss von Rahmenverträgen	41
III. Verhandlungspflicht	42
IV. Zustandekommen der Verträge nach § 127 Abs. 1 SGB V	44
1. Konsensualer Vertragsschluss	44
2. Einseitiger Vertragsbeitritt	46
3. Schiedsspruch	47

4. Gerichtliche Ersetzung	48
V. Besonderheit: Nebeneinander von Beitrittsrecht und Verhandlungsanspruch	49
C. Zusammenfassung	52

Drittes Kapitel

Rechtsmaßstäbe für die Preisfestlegung durch Schiedspersonen nach § 127 Abs. 1a SGB V	54
A. Rechtsfindung oder Schlichtung auf Grundlage außerrechtlicher Zweckmäßigkeitserwägungen?	54
B. Die Berufsausübungsfreiheit der Leistungserbringer aus Art. 12 Abs. 1 GG	58
I. Mögliche Beeinträchtigung der Berufsausübungsfreiheit durch Preisfestlegungen nach § 127 Abs. 1a SGB V	58
II. Verfassungskonformität von berufsausübungsregelnden Preisfestlegungen	60
III. Ergebnis	64
C. Das rechtsstaatliche Bestimmtheitsgebot	64
D. Der Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG	67
E. Das Wirtschaftlichkeitsgebot i. w. S. als Preisbemessungsmaßstab nach § 127 Abs. 1a Satz 6 SGB V	71
I. Gewährleistung einer i. e. S. wirtschaftlichen Versorgung	73
II. Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung	75
III. Gewährleistung einer zweckmäßigen Versorgung	78
F. Der Grundsatz der Beitragssatzstabilität nach § 71 Abs. 1, 2 SGB V	82
I. Anwendung des § 71 Abs. 1 SGB V auf Preisfestlegungen nach § 127 Abs. 1a SGB V	82
II. Verbot der Überschreitung der Veränderungsrate bei Folgevereinbarungen gem. § 71 Abs. 2 Satz 1 SGB V	84
III. Vorjahresanknüpfung und Angemessenheitsvermutung	85
IV. Ausnahmen vom Grundsatz der Beitragssatzstabilität und der Bindung an die Veränderungsrate	86
G. Festbeträge nach § 36 SGB V als Preisobergrenze gem. § 127 Abs. 4 SGB V	88
H. Berücksichtigung der Kalkulationsgrundlagen und der marktüblichen Preise nach § 127 Abs. 1a Satz 7 SGB V	89
I. Bindungswirkung des § 127 Abs. 1a Satz 7 SGB V	90
II. Handhabung des § 127 Abs. 1a Satz 7 SGB V	91
1. Anwendbarkeit der Rechtsprechung des BSG zur Vergütungsbestimmung in einem zweistufigen Verfahren	92
2. Erste Stufe: Prognose der voraussichtlichen Kosten	94

Inhaltsverzeichnis	11
3. Zweite Stufe: Externer Vergleich mit marktüblichen Preisen	96
a) Durchführung des externen Vergleichs	96
b) Bewertung des externen Vergleichs	97
aa) Erste Fallgruppe: Preisforderung nicht höher als günstigster Vergleichspreis	98
bb) Zweite Fallgruppe: Preisforderung im unteren Drittel der Vergleichspreise	99
cc) Dritte Fallgruppe: Preisforderung oberhalb des unteren Drittels der Vergleichspreise	99
(1) Besondere Leistungsangebote oder -qualität	100
(2) Besonderheiten im Versorgungsauftrag	100
(3) Wirtschaftliche Nachteile und Unentbehrlichkeit	100
III. Ergebnis	101
I. Zusammenfassung	102

Viertes Kapitel

Gerichtliche Kontrollpflichten bei Klagen gegen die Preisfestlegung durch Schiedspersonen nach § 127 Abs. 1a SGB V	105
A. Ungeklärte verfassungsrechtliche Fragen im Kontext sozialrechtlicher Schiedspersonenentscheidungen	105
I. Problematisierung fehlender Rechtsaufsicht und Verfahrensregelungen	105
II. Neuere BVerfG-Rechtsprechung zur gerichtlichen Kontrolle exekutiver Entscheidungen	108
B. Anspruch auf gerichtliche Kontrolle aus Art. 19 Abs. 4 GG	110
I. Eröffnung des Anwendungsbereichs von Art. 19 Abs. 4 GG durch Preisfestlegungen nach § 127 Abs. 1a SGB V	112
1. Persönlicher Schutzbereich: „jemand“ i. S. d. Art. 19 Abs. 4 GG	112
2. Schiedsperson als „öffentliche Gewalt“ i. S. d. Art. 19 Abs. 4 GG	114
3. Verletzung subjektiver Rechte durch Preisfestlegungen nach § 127 Abs. 1a SGB V	117
4. Ergebnis	118
II. Ausreichend effektiver Rechtsschutz trotz eingeschränkter Kontrolle des Schiedsspruches?	119
III. Ergebnis	122
C. Beschränkung der gerichtlichen Rechtskontrolle aufgrund freiwilligen Verzichts	122
I. Freiwilligkeit im Rahmen der Verfahrenseinleitung	123
II. Freiwilligkeit im Rahmen der Befugnisübertragung	125
1. Freiwilligkeit hinsichtlich der Grundentscheidung für eine außergerichtliche Konfliktlösung	125

2. Freiwilligkeit hinsichtlich der Gestaltung der außergerichtlichen Konfliktlösung	126
III. Abgrenzung zu fakultativen Schiedspersonenverfahren	128
IV. Ergebnis	130
D. Beschränkung der gerichtlichen Rechtskontrolle aufgrund normativer Ermächtigung	130
I. Anforderungen an eine normative Ermächtigung	131
II. Hinweise auf eine beschränkte gerichtliche Rechtskontrolle im Wortlaut des § 127 Abs. 1a SGB V	133
III. Hinweise auf eine beschränkte gerichtliche Rechtskontrolle in der Entstehungsgeschichte des § 127 Abs. 1a SGB V	135
IV. Einbeziehung systematischer und teleologischer Auslegungsgesichtspunkte	136
1. Einräumung eines Beurteilungsspielraums	136
a) Verortung möglicher Beurteilungsspielräume	137
b) Fallgruppen von Beurteilungsspielräumen	139
aa) Funktionsgrenzen der Rechtsprechung	139
(1) Verfassungsrechtlich eingeräumte Beurteilungsspielräume	140
(2) Wertausfüllungsbedürftige Rechtsbegriffe	141
(3) Prognostische Elemente	146
(4) Außerrechtliche Fragen	149
(5) Zwischenergebnis	151
bb) Unersetzbarkeit der Meinungsbildung	151
(1) Interessenausgleich und Kompromisscharakter bei Entscheidungen pluralistisch besetzter Gremien	152
(2) Ersetzungskompetenz des Gerichts	157
(3) Vergleich mit der gerichtlichen Kontrolle konsensualer Vertragsschlüsse	158
(4) Zwischenergebnis	161
cc) Ergebnis	161
2. Einräumung billigen Ermessens durch entsprechende Anwendung der §§ 317 ff. BGB	162
a) Zur umfassenden Anwendung des Rechtsschutzkonzepts der §§ 317 ff. BGB	163
b) Zur isolierten Anwendung des § 317 Abs. 1 BGB	165
V. Ergebnis	167
E. Gerichtliche Kontrolle nicht abschließend rechtlich determinierten Entscheidungsverhaltens	168
I. Ausgleich betroffener Verfassungsgüter durch erweiterte Preiskontrolle	169
II. Billigkeitskontrolle als zusätzliche Kontrolle außerrechtlicher Maßstäbe	171
1. Zulässigkeit gerichtlicher Kontrolle außerrechtlicher Maßstäbe	172
2. „Unbilligkeit“ als objektiver Kontrollmaßstab	173
3. Keine Beschränkung der Unbilligkeitskontrolle auf „offenbare“ Unbilligkeit	176

III. Kontrollfreies Entscheidungsverhalten trotz lückenfüllender Unbilligkeitskontrolle	178
IV. Ergebnis	180
F. Zusammenfassung	180

Fünftes Kapitel

Fazit	182
A. Ergebnis	182
B. Folgerungen	184
I. Rechtsprechung zur gerichtlichen Kontrolle von Schiedspersonenentscheidungen abzulehnen	185
II. Drei verschiedene Kategorien des Entscheidungsverhaltens	185
1. Rechtliche Maßstäbe als Entscheidungs- und Kontrollmaßstäbe	186
2. Billigkeitsmaßstab als Entscheidungs- und Kontrollmaßstab	187
3. Außerrechtliche Maßstäbe als kontrollfreie Entscheidungsspielräume	187
C. Ausblick	188
I. Relevanz für die sozialrechtliche Schiedspraxis im Allgemeinen	188
II. Kritische Überprüfung der ständigen Rechtsprechung zur Kontrolle sozialrechtlicher Schiedssprüche	189
III. Regelungsbedarf zum sozialrechtlichen Schiedswesen	189
Literaturverzeichnis	190
Sachregister	199